



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Rahmenkonzept Demokratiebildung an Schulen“ (Drucksache 20/2208)

Demokratiebildung in der Schule weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Demokratiebildung bereits heute ein fester Bestandteil schulischer Bildung und in den Bildungs- und Erziehungszielen des Schulgesetzes sowie in allen Fachanforderungen fest verankert ist.

Mit dem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes (Drs. 20/1965) werden derzeit weitere schulgesetzliche Aspekte zur Förderung von Demokratiebildung, wie z.B. die Ausweitung der Bildungs- und Erziehungsziele sowie die Mitwirkung der Elternarbeit und der Schülervertretung weiter gestärkt. Schule hat somit bereits heute einen gesetzlichen Rahmen für die Demokratieförderung.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich das vielfältige und vorbildliche Engagement der Schulen in unserem Land. Viele Schulen in Schleswig-Holstein engagieren sich in Netzwerkschulen wie die Europaschulen, die Zukunftsschulen, die UNESCO Projekt Schulen oder im Vorhaben Schule mit Courage/Schulen ohne Rassismus. Mit der im Land gut verankerten BNE Strategie der Landesregierung und ihrem *Whole school approach* sowie der *Global Citizenship Education* wird zudem ein weiterer wichtiger Beitrag für die Demokratiebildung in einer global vernetzten Welt geleistet.

Demokratiebildung wird in Schule gelebt und ist über den Unterricht in den einzelnen Fächern hinaus ein wichtiger Bestandteil der schulischen Kultur in unserem Land. Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass Schleswig-Holstein mit dem § 47 f der Gemeindeordnung weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Bundesrepublik verankert hat.

Ergänzend zu den Forderungen des Antrags „Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen“ (Drucksache 20/830) bittet der Landtag die Landesregierung,

- Informationen zur gesetzlichen Verankerung sowie alle vorhandenen Konzepte und Maßnahmen zur Demokratiebildung einschließlich von Best-Practice Beispielen in einem Orientierungsrahmen zusammenzufassen und mit diesem eine praxismgerechte Aufbereitung für Lehrkräfte und Schulleitungen vorzulegen.
- auf Basis der Ergebnisse der international vergleichenden International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2022 die Konzepte für Demokratiebildung an Schule zeitgemäß und wissenschaftsbasiert weiterzuentwickeln und darin auch die Empfehlungen der Kulturministerkonferenz zur Demokratiebildung aus 2018 einzubeziehen.
- die Ergebnisse der ICCS Studie 2022 in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte aufzunehmen und insbesondere die Angebote zu politischen Diskursen für Schülerinnen und Schüler zu stärken.
- mit dem Schuljahr 2024/25 das bereits eingeführte und evaluierte Schülerfeedback für alle Schulen flächendeckend und verpflichtend umzusetzen.
- zu prüfen, inwieweit die Datenbank zum Gewaltmonitoring (GeMon) so weiterentwickelt werden kann, dass antisemitische, extremistische und rassistische sowie Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit differenzierter erfasst werden.
- im Orientierungsrahmen für die Qualitätsentwicklung an Schulen das Thema Wohlbefinden unter Berücksichtigung der Konzepte des *Growth Mindset* zu integrieren und für die Schulentwicklungsberatung und im Rahmen des Schulfeedbacks sowie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ausdrücklich zum Thema zu machen. Damit wird ein Fokus auf die Fähigkeit aller Schülerinnen und Schüler gesetzt, sich als Lernende mit Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten zu begreifen.
- außerschulische Lernorte mit Demokratiebezug noch besser bekannt zu machen und zu fördern. Außerschulische Lernorte können in besonderem Maße eine Auseinandersetzung mit anderen Lebenswelten sowie Positionen fördern und zu weiteren und vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten anregen.
- weitere Formate für die Steigerung von Medienkompetenz, insbesondere solche, die die Mechanismen und Herausforderungen von Social Media Plattformen verdeutlichen, in den Themenkomplex von Demokratiebildung einzubinden.
- Schulen und insbesondere die Lehrkräfte darin zu ermutigen, das kommunale Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie die Möglichkeiten politischer Partizipation in ihrem Umfeld zu fördern und Best-Practice Beispiele zu sammeln, wie Kinder und Jugendliche sich schon heute vor Ort politisch

beteiligen und sich für Kooperationen zwischen den Schülervertretungen und der kommunalen Politik einzusetzen. Unser Ziel ist, durch eine aktive Kinder- und Jugendarbeit vor Ort, die gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen an demokratischen Strukturen zu fördern. Dabei nimmt Schule das politische Engagement und Interesse von Schülerinnen und Schüler besonders in den Blick, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder anderer Merkmale bisher in den demokratischen Strukturen unterrepräsentiert sind.

Begründung:

Unsere Demokratie lebt von der politischen Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene. Besonders in Zeiten eines erstarkten Rechtspopulismus und Extremismus (insbesondere Rechtsextremismus und Islamismus) in Europa gilt es, das Bewusstsein und Verständnis unserer Kinder und Jugendlichen für Demokratie zu stärken.

Demokratiefeindliche Kräfte im In- sowie Ausland versuchen über z.B. Desinformationskampagnen in den Sozialen Medien demokratische Prozesse und Vertreter zu diskreditieren, zu delegitimieren und letztendlich die Gesellschaft zu beeinflussen und die Demokratie zu schwächen. Das Aufzeigen von gelebter Demokratie vor Ort ist ein wichtiger Teil der politischen Bildung. Nur wenn junge Menschen Interesse an der eigenen politischen Partizipation entwickeln, können wir unsere Demokratie nachhaltig stärken.

Demokratiebildung bildet bereits heute einen festen Bestandteil schulischer Bildung. Dies gilt für den Unterricht, aber auch für feste Beteiligungsformen, wie z.B. die Wahl der Klassen – und Schulsprechenden und der Landesschülervertretungen. Darüber hinaus wird Demokratiebildung durch unterschiedliche Diskussions- und Dialogformate an Schule und an außerschulischen Lernorten ergänzt.

Neben Nordrhein-Westfalen hat Schleswig-Holstein als einziges Bundesland an der *International Civic and Citizenship Education Study* (ICCS) teilgenommen. Diese internationale vergleichende Studie zur politischen Bildung und Demokratieerziehung bietet Perspektiven darauf, wie Schülerinnen und Schüler weltweit auf ihre Rollen als Bürgerinnen und Bürger in Demokratien vorbereitet sind und vor allem in der Schule vorbereitet werden. Die Studieninhalte lassen Schlussfolgerungen für Demokratiebildung an Schule zu.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Hierfür ist es eine zentrale Voraussetzung, dass jeder Mensch sich als aktiver Teil der Gesellschaft begreift. Durch das pädagogische Konzept des *Growth Mindset* wird diese Selbstwahrnehmung als Lernender mit Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten unterstützt.

Martin Balasus
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion